



Vorarlberg
unser Land



Pressekonferenz

Dienstag, 21. November 2017

Landesrat Christian Bernhard

Ergebnisse der Landesgesundheitsreferentinnen-
und -referentenkonferenz

Ergebnisse der Landesgesundheitsreferentinnen- und -referentenkonferenz

Die Landesgesundheitsreferentinnen und -referenten bekennen sich grundsätzlich zur zielgerichteten Umsetzung der zwischen Bund und den Ländern paktierten Gesundheitsreform 2017 bis 2021. Sie treten auch dafür ein, das etablierte System der Zusammenarbeit im Rahmen der Zielsteuerung Gesundheit unter Beachtung von festgelegten Ausgabenobergrenzen fortzusetzen. Dieses beinhaltet im Wesentlichen kompetente Systempartner der Sozialversicherung auf Landesebene. "Ich sehe in der partnerschaftlichen Ausgestaltung der Gesundheitsreform die taugliche Zukunft für unser Gesundheitswesen. Ohne eine starke Sozialpartnerschaft werden wir die Herausforderung der Zukunft schlicht nicht meistern können", sagt Landesrat Christian Bernhard.

Zu den Schwerpunktthemen der Konferenz:

Bundesweites Vorgehen bei der Einführung von neuen und hochpreisigen Medikamenten

Der rasche medizinische Fortschritt in der Forschung und die damit verbundene Entwicklung von neuen und hochpreisigen Medikamenten setzen die Krankenanstaltenträger bei der Finanzierung dieser Leistungen zunehmend unter Druck. Auch weiß man nichts über den tatsächlichen Mehrwert dieser neuen Medikamente. Fragen nach dem Verhältnis der Kosten zum tatsächlichen Nutzen der neuen Medikamente bzw. deren Mehrwert zu bestehenden Therapien sind zunehmend von Bedeutung. Ziel der Länder ist es, dass Entscheidungen über die Verabreichung, den Einkauf sowie die Preisgestaltung über eine **zentrale Stelle** erfolgen. Ein derartiges System ist für den niedergelassenen Bereich bereits eingeführt und sollte auch für Krankenanstalten eingerichtet werden. Landesrat Bernhard: "Es geht darum, weiterhin eine bestmögliche Therapiemöglichkeit mit den besten Medikamenten für Patientinnen und Patienten sicherzustellen und dennoch den Kostenrahmen einzuhalten."

Amtsärzteausbildung

Neben einem funktionierenden Gesundheitswesen für die Gesunderhaltung und die Behandlung des einzelnen Bürgers haben die Ereignisse der letzten Jahren mit weltweiten Epidemien (SARS, Ebola, Vogelgrippe ...) gezeigt, dass ein funktionierender öffentlicher Gesundheitsdienst dringend erforderlich ist.

Die Herausforderungen an den ÖGD und die Komplexität seiner Aufgaben verlangen spezielle Fachkenntnisse. Ein zeitgemäßes Berufsbild mit einer hochwertigen ÖGD-spezifischen Aus- und Weiterbildung ist deshalb die Voraussetzung dafür, dass der ÖGD als wichtige Säule im Gesundheitssystem seine Aufgaben für die Gesundheit der Bevölkerung erfüllen kann.

Alle Länder haben eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, mit der die Ausbildung der Amtsärzte neu organisiert wird: Diese wird im Rahmen einer bundesweiten Grundausbildung Online-Kurses erfolgen, in dem bundesweit einheitliche Inhalte vermittelt werden und auf die Gegebenheiten des jeweiligen Bundeslandes eingegangen wird. Dieser Online-Kurs schließt mit einer Prüfung ab, zusätzlich wird er für die laufende Aus- und Weiterbildung der Amtsärztinnen und -ärzte genutzt.

Mit diesem Vertragswerk wird eine bundesweit einheitliche und qualitativ hochwertige Grundausbildung der Amtsärztinnen/-ärzte bei gleichzeitig einfacher technischer Nutzbarkeit sichergestellt. Ein besonderer Vorteil ist die Flexibilität, da der Online-Kurs jederzeit begonnen werden kann.

Seltene Erkrankungen: Expertisezentren

Expertisezentren (EZ) sind hochspezialisierte klinische Einrichtungen, die im Sinne einer überregionalen Versorgung als zentrale Anlaufstellen für definierte Gruppen seltener Erkrankungen wie z.B. die der Schmetterlingskinder fungieren.

EZ dienen u.a. der Erstdiagnostik sowie der Einstellung allfälliger Therapien und können für Kontrolluntersuchungen und in Notfällen aufgesucht bzw. konsultiert werden. Sie sind kein Ersatz für die wohnortnahe medizinische Grundversorgung. Das österreichische EZ-Modell baut auf der Bündelung, Sichtbarmachung und Vernetzung bestehender Expertise bzw. Einrichtungen auf.

Zur Gewährleistung einer bestmöglichen Behandlung von speziellen auch seltenen Erkrankungen ist die Bündelung von Fachexpertise unabdinglich. In Österreich gibt es bereits zwei Expertisezentren, eines mit Schwerpunkt auf genetisch bedingte Hauterkrankungen in Salzburg und eines für pädiatrische Onkologie in Wien.

In der Bundeszielsteuerungskommission im Juni 2017 wurde beschlossen, für vier weitere Einrichtungen das Designationsverfahren einzuleiten (Salzburg, Steiermark, Tirol, Wien). Weitere Krankheitsfelder sind u.a. Missbildungen, Knochenerkrankungen sowie maligne Knochen- und Weichteiltumore. Über die weitere Vorgehensweise und die mögliche Einrichtung zweier weiterer Einrichtungen wurde diskutiert.

Primärversorgungseinheiten (PHC)

Die Gesundheitsreferentinnen/-referenten beschließen die Einrichtung einer Experten-Arbeitsgruppe zur laufenden Abstimmung von Kriterien und Vorgangsweisen einer Mitfinanzierung von Primärversorgungseinheiten durch die Länder, um österreichweit möglichst einheitliche Standards für PHC zu gewährleisten.

Medizinstudium

Einmal mehr fordern die Gesundheitsreferentinnen/-referenten das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft auf, die Zugangsregelungen für das Studium Humanmedizin zu adaptieren und die Zahl der Studienplätze deutlich anzuheben. Damit soll der zukünftige Mehrbedarf an Nachwuchsmedizinerinnen sichergestellt werden.

Außerdem sollen bei den Aufnahmetests dem Bereich der sozialen Kompetenzen mehr Bedeutung eingeräumt werden.

E-Impfpass

Ein elektronischer Impfpass zur Erreichung einer gesicherten Datenbasis über die Durchimpfungsrate der Bevölkerung wird in Zusammenarbeit mit den Ländern, der Sozialversicherung, der Ärzte- und Apothekerkammer, des Reisemedizinischen Zentrums sowie der AGES (Österr. Agentur für Ernährungssicherheit) umgesetzt. Mit der Konzeption dieses elektronischen Impfpasses wurde die ELGA GmbH beauftragt.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse

presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095

Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar